



Labour

Germany

»Wir sollen den Überblick verlieren und denken, dass wir nicht betroffen sind«

Ein Gespräch mit Benedikt Rößner* über den Kürzungskahlschlag, Widerstand von unten und warum die Angriffe auf den Sozialstaat alle betreffen

In: *express* 7-8/2026

Die derzeitigen Kürzungen treffen unter anderem das Sozialwesen mit voller Härte (siehe dazu auch den Beitrag von Ulrich Schneider im vorliegenden Heft). Dagegen formiert sich Widerstand – an vielen Orten und in unterschiedlichsten Formen. Ein Beispiel ist das von ver.di in Mittelfranken initiierte #unkürzbar-Bündnis. Dort haben sich viele verschiedene Menschen zusammengetan, um dem sozialen Kahlschlag zu trotzen. Wir hatten die Möglichkeit, mit einem Aktiven aus der Bewegung zu sprechen, das Gespräch führte Erik Funke.*

express: Als Beschäftigter in der Sozialhilfe bist Du oft sehr direkt mit dem Elend konfrontiert, das diese Gesellschaft produziert – und als Betriebsratsvorsitzender hast Du darüber hinaus auch Einblick in die Situation Deines Trägers und die Belange Deiner Kolleg:innen. Wie diskutiert ihr die aktuelle Kürzungspolitik, was beschäftigt euch?

Benedikt Rößner: Also zum einen machen wir uns Sorgen um unsere Klient:innen, wie sie in Zukunft weiter versorgt werden können. Es wird an die Betroffenen kaum kommuniziert, was sich für sie in Zukunft ändert oder ändern könnte. Stattdessen wird halt einfach geändert, und die Leute sollen sich aus den Nachrichten oder durch Nachfragen bei Beratungsstellen und Jobcentern ihre Infos holen – was natürlich nur klappt, wenn ihre Ansprechpersonen dort schon informiert und geschult sind. Und ich merke auch, dass Leute Angst haben, irgendwelche Sachen zu beantragen und dann erst viel zu spät nach Hilfe fragen.

Zum anderen machen wir uns natürlich auch Sorgen um unsere Stellen, wenn staatlicherseits Gelder in der Jugend- und Eingliederungshilfe, projektbezogene Fördermittel und anderes zusammengestrichen werden. Die Träger stellen auch nur zögerlich neue Leute ein – ich wurde neulich an einem Tag zwei Mal gefragt, ob unser Träger noch Beschäftigte sucht. Meiner Erfahrung nach ist es überhaupt nicht mehr so, dass man in der Sozialen Arbeit relativ sicher einen Job bekommen würde, sondern es ist eher so, dass auch die Träger Angst haben, die Gehälter nicht mehr finanzieren zu können, und da eher zögerlich sind.

Da muss man klar sagen: Je mehr Gelder gestrichen werden bei den Ärmsten der Armen, desto mehr fördert das Drogen- und Alkoholkonsum und den Drogenhandel. Und es fördert auch Kinderprostitution. Deshalb fragen wir uns in der Sozialen Arbeit gerade schon: Wie soll es weitergehen? Es kann nicht mehr weitervermittelt werden, es kann nicht mehr geholfen werden, man schaut dann den Leuten beim Verelenden zu. Das wird sich bitter rächen. Das strukturelle Problem wird gar nicht angetastet – es wird quasi einfach so getan, als würden sich die Leute, wenn man genug Geld zusammenkürzt, schon einen Job suchen. Aber die Leute können zum Großteil halt gar nicht arbeiten, aufgrund von psychischen Erkrankungen, Suchterkrankungen, körperlichen Erkrankungen. Das sind die Hauptproblematiken. Zu denken, dass eine gehbehinderte Person plötzlich einen Acht-Stunden-Job annimmt zu extrem

schlechten Löhnen, ist einfach illusorisch. Zu denken, dass eine Jugendliche, die irgendwie bei den Eltern rausgefliegen ist oder deren Eltern nicht mehr in der Lage sind, sich um sie zu kümmern, jetzt plötzlich arbeiten geht, und ohne irgendeine Hilfestellung ins Leben findet, ist ebenso illusorisch.

Diese aktuelle Diskussion wird bei uns auf jeden Fall so wahrgenommen, dass meine Kolleg:innen angeekelt sind von der Art und Weise, wie gesprochen wird. Auf der anderen Seite sind sie komplett irritiert. Das wird als Diskussion im Elfenbeinturm wahrgenommen: Da haben sich Menschen extrem viel Arbeit gemacht in der Ausarbeitung von sinnvollen Präventivmaßnahmen, von Programmen, von Ideen, wie man den Leuten irgendwie ein menschenwürdiges Leben ermöglichen kann. Und das wird jetzt einfach in die Tonne getreten, ohne großartig Rücksprache zu halten mit Leuten, die konkret mit den Klient:innen arbeiten.

Grundsätzlich haben viele Menschen, die in der Sozialen Arbeit tätig sind, einen großen Gerechtigkeitssinn: Sie versuchen Leuten zu helfen, weil sie das Elend lindern wollen – und erwarten dafür aber schon, dass ihre Arbeit nicht von der Politik als etwas Zusammenkürzbares gesehen wird, denn im Endeffekt sind sie es ja, die dieses System auch stützen. Genau das wird von der Sozialen Arbeit auch verlangt – wir sollen die Scherben des Kapitalismus zusammenkehren. Also ganz konkret zum Beispiel gegen Wohnungslosigkeit und Drogensucht vorgehen, Spenden beantragen, Darlehen vergeben und Leute halt einfach davon abhalten, bestimmte kriminelle Dinge zu tun. Oder dann auch dafür sorgen, dass sie in Kommunikation mit der Staatsanwaltschaft gehen und sich nicht einfach verstecken. Wir reden schon lange über diese Gratwanderung zwischen Systemerhalt und der Notwendigkeit zu helfen.

express: *Wenn Ihr da schon länger drüber redet, wie ist denn eigentlich der Status quo bei Euch und für Eure Klient:innen?*

B.R.: Schlecht. Das hängt auch mit der Repression zusammen: Schon seit mehreren Jahren ist es so, dass das Sicherheitsempfinden im öffentlichen Raum zunehmend nicht mehr durch Streetwork und Anlaufstellen geschaffen wird – sondern indem mehr Polizei unterwegs ist, die dafür sorgt, dass Leute von den öffentlichen Plätzen, aus der Nähe von Bahnhöfen usw. vertrieben werden.

Hier sind wir längst an dem Punkt, wo sich rings um unsere Stadt auch erste Siedlungen im Wald bilden, an denen Leute dann unterkommen, oder weiter draußen unter irgendwelchen Brücken. Wenn das Ordnungsamt darauf aufmerksam wird, hängen die zweimal ein Schildchen hin, dass der Ort zu räumen ist, und beim dritten Mal werden dann die Zelte abgebaut und mitgenommen. Aber wo sollen die Menschen denn hin? Die haben dann ja immer noch kein Zuhause.

express: *In dieser Situation schlagen jetzt die schon beschlossenen und noch geplanten Kürzungen ein. Wie sollen wir aus Deiner Sicht damit umgehen?*

B.R.: Gerade tut sich ja ein bisschen was. Wir müssen auf jeden Fall ganz klar unseren Unmut nach außen tragen. Das kann in Form von Demonstrationen sein, von Texten, die wir veröffentlichten, Widerspruch in irgendwelchen Jugendamtssitzungen oder sonst wo. Aber ob das reicht?

Im Prinzip ist das, was gerade passiert, ja eine einseitige Aufkündigung des Sozialpakts durch die Regierung. Darauf müsste man meiner Meinung nach eigentlich mit politischen Streiks reagieren, und das müssten Massenstreiks sein. Aber dafür müssen wir viel klarer nach außen kommunizieren, dass es eben nicht nur die Ärmsten trifft, nicht nur die, die eh schon unten sind – sondern uns alle: Krank werden können wir alle, irgendwann auch mal in Rente gehen wollen wir alle. In diesen Gesetzespaketen sind auch noch ganz andere Sachen drin wie die Befristung, die jetzt von zwei auf vier Jahre erhöht werden soll [siehe dazu auch den Gastbeitrag von Stefan Sell im vorliegenden Heft], oder der Angriff auf das Informationsfreiheitsgesetz.

Ich glaube, das ist auch genau das, was mit diesen unübersichtlichen Gesetzespaketen verfolgt wird: Wir sollen den Überblick verlieren und denken, dass wir nicht betroffen sind. Aber diese Politik betrifft tatsächlich alle Lebensbereiche und sollte damit eigentlich ein extrem

hohes Mobilisierungspotenzial haben. Das wäre meiner Meinung nach der entscheidende Punkt, an dem die Gewerkschaften ansetzen sollten – eben mit politischen Streiks.

express: *Das Streikrecht in Deutschland ist ja sehr reglementiert.*

B.R.: Naja, wenn jetzt die Regierung ganz klar sagt: Nein, wir können uns den Sozialstaat nicht mehr leisten – übersetzt: wir haben kein Interesse mehr an einem verhältnismäßig starken Sozialstaat, wie er mit dem Sozialstaatsgebot im Grundgesetz verankert ist – dann ist dieser Sozialpakt eigentlich einseitig aufgekündigt. Und dann muss entweder neu verhandelt werden und sich auf einen neuen Sozialpakt geeinigt werden, oder es wird eben gestreikt.

Das im Einzelnen auszuarbeiten, ja, das muss man sich dann genau anschauen, und dazu muss man natürlich auch wirklich an die Massen ran. Man darf sich nicht dadurch blamieren, zu einem politischen Massenstreik aufzurufen, und dann streikt nur ein kleiner sozialer Träger, mit sowas macht man sich natürlich lächerlich. Wenn wir hier in meinem Betrieb streiken, da trifft es ja in erster Linie nur die Klient:innen, deren Termine wir damit schieben.

Aber das bedeutet halt auch viel Arbeit, wobei ich glaube, dass die Betriebsräte in den Betrieben und die Gewerkschaftsmitglieder bereit wären, sich diese Arbeit zu machen. Ich erlebe das in meiner Praxis als Betriebsrat und auch als Gewerkschaftsmitglied schon so, dass es viele Ehrenamtliche und viele Leute in den Betrieben gibt, die Lust haben, da Arbeit reinzustecken.

express: *Du gehst da mit gutem Beispiel voran und steckst selbst viel Arbeit genau in diese Mobilisierung: Du bist in Nürnberg auch im #unkürzbar-Bündnis aktiv. Wie setzt sich dieses Bündnis zusammen, und wer ist bei den Treffen alles mit am Start?*

B.R.: Das ist ein breites Bündnis. Auf den Treffen sind Leute aus vielen sozialen Trägern, teilweise bis zu den Leitungen hoch. Neben kleinen Trägern wie unserem Beschäftigte der AWO, vom Paritätischen et cetera, aber auch aus der Pflege, Lehrer:innen – und viele Rentner:innen. Auch von der IG Metall war jemand da. Und wir haben es geschafft, innerhalb von drei Treffen jetzt am 11. Juli eine Demo auf die Beine einzustellen, bei der rund 3.000 Leute mitgelaufen sind.

express: *Das war jetzt auch schon die zweite Demo, die #unkürzbar veranstaltet hat. Die erste Demo hat parallel zur Gesundheitsministerkonferenz in Hannover stattgefunden, mit etwa 400 Menschen. Zu dieser zweiten Großdemo haben dann verschiedene Gewerkschaften aufgerufen, neben ver.di auch die GEW, die Jugend von EVG und IG BAU, soziale Träger und auch linksradikale Gruppen verschiedenster Couleur. Wie war Dein Eindruck von der Stimmung und den Redebeiträgen dort?*

B.R.: Die Redebeiträge waren sehr kämpferisch, aber auch von einem gewissen Frust bei den Leuten geprägt, die bis dahin eigentlich ihre Hauptaufgabe natürlich in der Sozialen Arbeit gesehen haben, also in der konkreten Unterstützung von Menschen – und sich jetzt genötigt sehen, auf die Straße zu gehen gegen diese Kürzungen. So habe ich auch die Zusammensetzung der Demo wahrgenommen. Da waren Leute, die selbst als Klient:innen bei sozialen Trägern betroffen sind. Leute, die mit Blindenstöcken der Demo gefolgt sind, gemeinsam mit ihren Begleitpersonen. Ganze Belegschaften sozialer Träger sind in ihren T-Shirts oder mit selbst gemalten Schildern auf der Demo gewesen. Innerhalb der sehr kurzen Mobilisierungsphase ist da einiges zusammengekommen. Trotz großer Hitze und einer wirklich sehr langen Route, die durch ganz Nürnberg ging und auch noch einen Umweg am SPD-Haus genommen hat, haben da sehr viele durchgehalten und sind am Ende auch noch beim Open Mic miteinander in Kontakt getreten.

express: *Inzwischen ruft auch der DGB zu Kundgebungen auf, in Nürnberg für den 29. Juli und dann zentral für den 26. September in verschiedenen Städten. Das ist gut, denn das Erste, was wir vom DGB so mitbekommen haben, war ja eher ungünstig [siehe dazu auch den Brief von Lisette Horig an Yasmin Fahimi in dieser Ausgabe]. Tun sich der DGB und die Einzelge-*

werkschaften gerade vielleicht auch ein bisschen schwer, sich stark gegen diese Angriffe auf uns alle aufzustellen?

B.R.: Ich glaube, das liegt schon ziemlich klar daran, dass die Gewerkschaften traditionell sehr stark mit der SPD verbandelt sind und diese eben Teil der Koalition ist, die diese Sachen beschließt. Natürlich auch unter dem Druck von CSU und CDU – aber man muss auch nicht jedem Druck nachgeben und sich da dermaßen vor den Karren spannen lassen. Aber die SPD ist jetzt auch kein hilfloses Opfer. Schon unter Scholz wurde massiv aufgerüstet, und wenn man sich den Regierungshaushalt jetzt anschaut, sieht man ja ganz klar: Prioritätensetzung liegt auf jeden Fall auf Militärausgaben – Gesundheits- und Sozialausgaben, da wird massiv gekürzt.

Auf der anderen Seite ist natürlich von der Basis der SPD auch sehr viel Widerstand zu spüren gegen diese konservative Linie, also aktuell unter Lars Klingbeil, der ja zum Seeheimer Kreis gehört, oder auch schon unter Scholz. Wenn sich da jetzt erst Widerstand regen würde, wäre es allerdings auch reichlich spät. Trotzdem kann man nur hoffen, dass die Gewerkschaften etwas vehementer werden und sich dem in den Weg stellen, sonst schaut es echt bitter aus. Wie gesagt, und das werde ich nicht müde zu betonen: Es sind hier nicht nur die Sozialverbände, es sind nicht nur die sozialen Träger und die Leute ganz unten betroffen, sondern diese Kürzungen gehen uns alle an. Da müssen wir aus unserer Komfortzone raus und auf die Straße. Sonst schaut es irgendwann ganz düster aus – je weniger Sozialstaat, desto stärker die Rechten. Das sagen die ja selbst auch immer gerne: Je schlechter es Deutschland geht, desto besser geht es der AfD.

express: *Die haben ja jetzt auch beim Bundeshaushalt als Opposition dagegen gestimmt.*

B.R.: Ja, in der Opposition kann man immer gegen alles stimmen. Was sie dann in der Regierungsverantwortung machen würden, ist natürlich etwas anderes. Sie sind ja auch an einer extrem hochgerüsteten Gesellschaft interessiert.

express: *... während sie sich aber allzu gerne als angebliche Friedenspartei gerieren. Auch die Vorstellungen der AfD beispielsweise zur Rente oder Krankenversicherung sind gar nicht so entfernt von dem, was die Bundesregierung durchsetzt. Wenn wir jetzt aber feststellen, dass die aktuellen Kürzungen alle betreffen, die nicht selbst Unternehmen besitzen oder andere Formen von Kapital, dann sind 3.000 Leute in Nürnberg nicht ansatzweise so viele, wie es eigentlich sein sollten. Wie kommen wir von diesem Ausgangspunkt hin zu einer Mobilisierung, die vielleicht auch in politischen Streiks gipfeln könnte?*

B.R.: Naja, wir kommen da nur hin, indem wir mit unseren Kolleg:innen sprechen. Es ist die Aufgabe von Betriebsräten, sich an die Belegschaft zu wenden und zu sagen: Hey, so und so schaut's aus, diese und diese Sachen betreffen Dich hier ganz konkret. Es gibt die Möglichkeit, diese Infos zu den verschiedenen Kürzungen auch von den Gewerkschaften zu bekommen, unter anderem von ver.di. Mit diesen Infos muss man ganz konkret an die Belegschaft gehen, um erstmal Bewusstsein zu schaffen. Nur so kann man dann überhaupt irgendwann zu Streiks aufrufen.

Wie gesagt, bei uns in der Sozial- und Eingliederungshilfe zu streiken, das schiebt jetzt eigentlich nur die Termine. Wir können auch Demos oder an den Streiktagen unterstützen, auch mit den Klient:innen zusammen – aber natürlich ist es im Transport und in der Produktion viel wirksamer zu streiken. Da müssen wir hin, da braucht es Informationen, und die Kolleg:innen dort müssen mit eingebunden werden. Die Gewerkschaften müssen ihre aktiven Mitglieder und auch ihre eher inaktiven Mitglieder zu Generalversammlungen hin zusammentrommeln. Das muss jetzt eigentlich sehr schnell passieren, es braucht Vernetzung und da muss den Leuten Angst genommen werden, es braucht gefüllte Streikkassen. Nur so können wir es schaffen.

Man sollte die Gewerkschaftsarbeit auch nicht auf die Gewerkschaftssekretär:innen abwälzen. Wir sind selber in der Lage, uns zu vernetzen, miteinander in Kontakt zu treten. Wir sollten jede Möglichkeit nutzen, um miteinander in Kontakt zu kommen, auch außerhalb des Be-

triebs: Ob es jetzt in der Stammkneipe ist oder im Familien- und Freund:innenkreis, man findet wirklich für jede Person einen Anknüpfungspunkt.

Dann könnte es auch sein, dass sich die Regierung ein bisschen in's Knie geschossen hat – hätte sie erstmal nur die Eingliederungshilfe gekürzt, in einem halben Jahr dann die Jugendhilfe, und dann noch ein halbes Jahr später auf die Rente eingedroschen, hätte sie wahrscheinlich für weniger Unmut gesorgt, weil es dann immer nur eine Gruppe betroffen hätte. Denn irgendwie ist es leider so: Wenn es nur Migrant:innen betrifft, dann regen sich nur Migrant:innen darüber auf, und wenn es nur Rentner:innen trifft, dann regen sich nur Rentner:innen auf. Aber diesmal sind wirklich alle Bereiche betroffen, ob Du Arbeitnehmer:in oder Renter:in bist, migrantisch oder nicht – und Kinder und Jugendliche sind auch davon betroffen. Das geht bis hin zu den eher besser gestellten, wie Ärzt:innen und Psycholog:innen. Deshalb kann man die Situation auch als Chance sehen, weil diese Angriffe auf den Sozialstaat halt wirklich mal kein Nischenthema sind.

** Benedikt Rößner ist Betriebsratsvorsitzender in einem Träger der Jugend-, Sozial- und Eingliederungshilfe in Nürnberg. Als Verwaltungsangestellter ist er dort für den Erstkontakt mit neuen Klient:innen zuständig. Er ist ver.di-Mitglied und engagiert sich auch außerhalb der Gewerkschaft in antirassistischen und internationalistischen Kontexten und in der Stadtteilarbeit.*

Erik Funke ist Mitglied der express-Redaktion.

express im Netz und Bezug unter: www.express-afp.info

Email: express-afp@online.de

express / AFP e.V., Niddastraße 64, VH, 4. OG, 60329 Frankfurt a.M.

Bankverbindung für Spenden und Zahlungen:

AFP, Sparda-Bank Hessen eG, IBAN: DE28 5009 0500 0003 9500 37, BIC: GENODEF1S12